

Oktober 2007 – 5.10.2007

Barbara Ingenkamp, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie um die Zusendung gebeten haben oder weil wir annehmen, dass Sie an den Informationen interessiert sind. Sollten Sie in Zukunft keinen Newsletter mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns dies bitte kurz mit. Wir werden Sie sofort aus dem Verteiler streichen. Wenn Sie weitere Interessentinnen und Interessenten für den Newsletter haben, freuen wir uns ebenfalls über eine Nachricht.

Inhalt:

- I. Aus dem Sozialausschuss**
- II. Bonner Termine**
- III. NRW präsentiert "Route der Migration" im Internet**
- IV. Wahlrecht für Migranten**
- V. SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Kampagne zum kommunalen Wahlrecht**
- VI. Bundesweiter Wettbewerb**
- VII. Stipendien für Schüleraustausch**
- VIII. Wiesbaden und Moscheevereine treffen Integrationsvereinbarung**
- IX. Bundesrat stimmt mit großer Mehrheit für ein Gesetz zur heroingestützten Behandlung für schwerkranke Drogenabhängige**

I. Aus dem Sozialausschuss

Die letzte Sitzung des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen fand am Mittwoch, dem 5. September 2007, statt.

Die gesamte Tagesordnung des Ausschusses finden Sie unter:

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0712308TO.htm

Beschlossen wurde unter anderem:

- **Antrag der SPD-Fraktionen zum Kindeswohl**

Bis zum Ende des Jahres soll die Verwaltung ein Konzept für aufsuchende Kinderbetreuung von Geburt an vorlegen. Außerdem wird die Verwaltung gebeten, die Voraussetzungen für eine flächendeckende Erweiterung der Untersuchungen zur Entwicklungsdiagnostik aller Kinder im Vorschulalter und die Möglichkeiten einer professionellen Ernährungsberatung in ganztägigen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu prüfen.

Den gesamten Beschlusstext mit weiteren Antragspunkten finden Sie unter:

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0711922.htm

Weitere Informationen über die Thematik finden Sie in der KiGGS-Studie zur Kinder- und Jugendgesundheit unter

www.kiggs.de

- **Integriertes Handlungskonzept Dransdorf-Südost**

Die SPD-Fraktion begrüßt es sehr, dass jetzt endlich auch für den Bereich Dransdorf-Südost das gemeinsam mit Bewohnern, Trägern von sozialen Einrichtungen, Stadtplanungsamt, Amt für Soziales und Wohnen, Amt für Kinder, Jugend und Familie und OGS entwickelte vorläufige Integrierte Handlungskonzept im Grundsatz beschlossen wurde. Nach Prüfung auf Umsetzbarkeit der Vorschläge des vorläufigen Konzeptes kann dann das endgültige Konzept beschlossen und verwirklicht werden, das die Wohn- und Lebenssituation der Bewohner dieses Stadtteils erheblich verbessern wird.

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0511018NV5.htm

- **Programm zur jährlichen Erweiterung der Betreuungsplätze für Kinder mit Behinderungen**

Es fehlen in Bonn Betreuungsplätze für Kinder mit Behinderungen unter drei Jahren. Um hier Abhilfe zu schaffen, beschloss der Ausschuss, jährlich mindestens fünf neue Betreuungsplätze zu schaffen. Die Beschlussvorlage mit den einzelnen Punkten finden Sie unter: http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0711217NV3.htm

- **Bericht der Heimaufsicht für die Jahre 2004 - 2006**

Der Bericht der Heimaufsicht kommt zu dem Ergebnis, „dass in den Bonner Alten- und Pflegeheimen sowie in den Heimen für Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen trotz punktuell bestehender Optimierungspotenziale den gesetzlichen und gesellschaftspolitischen Anforderungen an die Qualität des Wohnens, der Verpflegung, der Pflege, Begleitung und Betreuung sowie der Förderung in einem großen Umfang Rechnung getragen wird“. (Zitat aus dem Bericht)

Über die Qualität der insgesamt 93 Einrichtungen äußerten sich die meisten Bewohnerinnen und Bewohner bei Befragungen zufrieden. Davon zeugt die geringe Anzahl der Beschwerden: 2004 gab es 32 Eingaben, 2005 wurde die Heimaufsicht 20 Mal hinzugezogen, 2006 wurden 27 Beschwerden eingereicht. Den Beschwerden wurde schnellst möglich auch in unangemeldeten Besuchen nachgegangen, um eventuelle Missstände abzuschaffen.

Den gesamten Bericht finden Sie unter:

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0711783.htm

Weitere Hinweise zum Thema:

Wohin wende ich mich, wenn ich mich über ein Altenheim beschweren muss?

Anlaufstellen und Notruftelefone:

http://www.kda.de/german/showarticles.php?id_art=129

Fehlerbericht Altenpflege

Das Kuratorium Deutsche Altenhilfe hat am 1. Oktober mit Unterstützung des Bundesgesundheitsministeriums einen elektronischen Fehlerbericht für Altenpflege gestartet. Mitarbeiter der Altenpflege haben hier die Möglichkeit, über kritische Vorkommnisse in der Altenpflege auf der Internetseite des Kuratoriums Deutsche Altenhilfe anonym zu berichten. Natürlich steht der Internetzugang allen, die Beschwerden oder Anregungen haben, offen. Mit diesem Angebot ist ein weiterer Schritt zur Qualitätssicherung der Pflege getan.

Weitere Informationen auf:

<https://www.kritische-ereignisse.de>

II: Bonner Termine

40 Jahre Stiftung Bonner Altenhilfe – Lebensqualität im Alter

Aus Anlass des 40 jährigen Jubiläums finden zentral und in den Stadtteilen verschiedene Veranstaltungen zum Thema Alter statt. Die nächsten Termine sind:

Mittwoch, 10. Oktober 2007, 16.00 bis 19.00 Uhr

Aktionstag Hardtberg: „Die Zukunft aktiv gestalten mit Älteren“

Rathaus Hardtberg, Villemombler Straße 1

Fachvorträge zum Thema „Wohnen in der Zukunft“ und zu „Neues Altern in der Stadt“, anschließend Podiumsdiskussion.

Referenten sind Ursula Kremer-Preiß, Kuratorium Deutsche Altershilfe

Wolfgang Wähnke, Bertelsmann-Stiftung.

Veranstalter: Arbeitskreis Begegnungsstätten Bonn, Haus der Bonner Altenhilfe, Amt für Soziales und Wohnen.

Freitag, 12. Oktober 2007, 18.00 Uhr

Zukünftiges Wohnen im Alter

Stadthaus, Berliner Platz 2

Modelle neuer Wohnformen im Alter, aber auch die Bonner Vorhaben und Projekte in diesem Bereich werden vorgestellt. Gemeinschaftliches Wohnen von Jung und Alt, Seniorenwohngemeinschaften, Wohnen mit Service, Wohnungsanpassung,

quartiersbezogene Wohnkonzepte zählen zu den Konzepten. Ihre jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen werden aufgezeigt und was lässt sich aus den bisherigen Erfahrungen lernen?

Referenten sind Holger Stolarz, Leiter des Grundlagenreferates "Wohnen im Alter" beim Kuratorium Deutsche Altershilfe und

Erika Rodekirchen, Verein Neues Wohnen im Alter e.V.

Veranstalter: VHS, Bonner Altenhilfe und Stadtplanungsamt Auskünfte und Anmeldung unter www.bonn.de oder telefonisch bei Fachbereichleiter Dr. Adrian Reinert (Telefon 77 36 31).

Samstag, 13. Oktober 2007, 10 bis 17 Uhr

WohnWunschWerkstatt: Wie wollen wir wohnen, wenn wir älter sind?

Margarete-Grundmann-Haus, Lotharstraße 84-86

Veranstalter: Bonner Altenhilfe, Stadtplanungsamt, Margarete-Grundmann-Haus und Volkshochschule Bonn.

Anmeldung bei der VHS, Wilhelmstr.34, 53103 Bonn oder per Internet:

www.bonn.de/vhs, Fachbereich Lebenslanges Lernen oder telefonisch bei Fachbereichleiter Dr. Adrian Reinert (Telefon 77 36 31).

Freitag, 19. Oktober 2007, 15.00 Uhr

Erben und vererben

Kulturzentrum Hardtberg

Herr Petersmeier, Sparkasse KölnBonn

Donnerstag, 25. Oktober 2007, 15.00 Uhr

Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung

Rochuskirche, Rochusstr. 223

Dr. med. Heinz Pilarz

Mittwoch, 7. November 2007, 15.00 Uhr

Risiko Oberschenkelhalsbruch – Informationen zur Thematik und Tipps zur Sturzprophylaxe

Dr. H. Güldenzoph, Prof.Dr.H.W. Keller, Malteser-Krankenhaus

Daniel Lenartowski, Susanne Russ, Wohnraumberatung im Haus der Bonner Altenhilfe

Weitere Termine:

Freitag, 19. Oktober 2007, 14.15 bis 16.30 Uhr

Erster Godesberger Hospiztag

Leben bis zuletzt – In Würde sterben

Veranstalter: Evangelische Kliniken Bonn gGmbH

Die Johanniter - Waldkrankenhaus

14.15 Uhr – 16.30 Uhr

Kleiner Saal der Stadthalle Bad Godesberg

Fachvorträge und Podiumsdiskussion

Schirmherr Dr. V. Kregel

20. bis 21. Oktober 2007, 10.00 – 18.00 Uhr

Vital & Aktiv Seniorenmesse 2007

Beethovenhalle Bonn

Information und Beratung rund um die Themen Gesundheit, Wohnen, Pflege, Freizeit, Reisen und Lifestyle.

An beiden Tagen haben Besucher die Möglichkeit, mit Experten ins Gespräch zu kommen und sich Vorträge zu speziellen Themen anzuhören

Information: T.A.S.K. - Kongressbüro

Hans-Joachim Fandel

Schützeiche 17

53757 Sankt Augustin

Tel.: +49 (2241) 33 65 20

Fax: +49 (2241) 33 82 56

E-Mail: office@task-online.com

www.vital-aktiv-bonn.de

Donnerstag, 22. November 2007, 9.30 bis 17.30 Uhr
Sozialraumorientierte Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung älterer Migranten und Migrantinnen

- Neue Wege der Altenhilfe in Bonn -

Fachtagung im Rahmen der Bonner Buchmesse Migration 2007

Haus der Geschichte

Anmeldung bis zum 15. November:

0228/9691376 (Fax) oder bimev@netscape.de

Weitere Informationen:

Bonner Institut für Migrationsforschung und Interkulturelles Lernen (BIM) e.V.

Tel. 0228/ 96691375 oder 0228/231759

www.bonnerbuchmessemigration.de

III. NRW präsentiert "Route der Migration" im Internet

Das Land NRW hat ein neues Internet-Projekt zur Einwanderungsgeschichte vorgestellt. Die "Route der Migration" zeichnet wichtige Ereignisse der Einwanderungsgeschichte nach. Ziel des Online-Projekts ist es, langfristig ein Migrations-Museum in Nordrhein-Westfalen zu planen.

www.migrationsroute.nrw.de/projekt.php

Zur Statistik der Einwanderung:

www.destatis.de/shop

IV. Wahlrecht für Migranten

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen in NRW hat eine neue Kampagne zum Wahlrecht für Migranten in Deutschland gestartet. Mit dem Motto: „**Hier, wo ich lebe, will ich wählen!**“ wird die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten, die lange in Deutschland leben, gefordert.

Die Kampagnenseite im Internet bietet Aktionsmaterialien und weitere Hintergrundinformationen zum Thema.

[www.wahlrecht-fuer-](http://www.wahlrecht-fuer-migranten.de)

[migranten.de/xd/public/content/index_cGikPTUxOA.html](http://www.wahlrecht-fuer-migranten.de/xd/public/content/index_cGikPTUxOA.html)

V. SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Kampagne zum kommunalen Wahlrecht

Die SPD-Bundestagsfraktion wird gegenüber ihrem Koalitionspartner dafür werben, das kommunale Wahlrecht für langjährig in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer einzuführen. Wer es ernst meint mit besseren Rahmenbedingungen für die Integration, sollte eine solche Regelung unterstützen.

Ende 2006 lebten in unserem Land rund 6,7 Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Gut zwei Drittel von ihnen sind schon zehn Jahre oder länger Teil unserer Gesellschaft, ein Drittel hat seit mehr als zwanzig Jahren den Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik.

Schweden, Dänemark, die Niederlande, Irland und Frankreich haben ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer bereits eingeführt und überwiegend gute Erfahrungen gemacht.

www.migration-online.de/beitrag.html?id=5624

VI. Bundesweiter Wettbewerb der Stiftung Bürger für Bürger

„Teilhabe und Integration von Migrantinnen und Migranten durch bürgerschaftliches Engagement“

Die Stiftung Bürger für Bürger will die Teilhabe und Integration von Migrantinnen und Migranten durch bürgerschaftliches Engagement fördern. Realisierbare innovative Ideen sollen mit dem Wettbewerb identifiziert, anerkannt bzw. ausgezeichnet und zur Nachahmung oder erstmaligen Realisierung angeregt werden.

1. Preis: 2.500, 2. Preis: 1.500, 3. Preis: 1.000 Euro

Einsendeschluss: 30. November 2007

Formlose Bewerbungen mit weiteren Infos wie Projektbeschreibung, Pressebeiträgen, DVDs / Filmen, Publikationen und Internetverweisen sind zu richten an die Stiftung Bürger für Bürger, Herrn Bernhard Schulz, Singerstr. 109, 10179 Berlin,
E-Mail: info@buenger-fuer-buerger.de, Tel. 030 / 24 31 49-0.

VII: Stipendien für Schüleraustausch

Ein Schuljahr im Ausland für Jugendliche mit Migrationshintergrund

Die Robert-Bosch-Stiftung und AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. schreiben Stipendien für Jugendliche aus Zuwandererfamilien aus. Interessierte Jugendliche haben die Möglichkeit, ein Schuljahr in einem von über 40 Partnerländern zu verbringen und dort in einer Gastfamilie zu leben.

Bewerbungsvoraussetzungen :

- Bewerber sind bei Abreise zwischen 16 und 18 Jahren alt.
- Sie besuchen im Oktober des Vorjahres in der Regel die 10. oder 11. Klasse einer deutschen Schule (egal welchen Schultyps) oder sie haben bereits die Hauptschule abgeschlossen.
- Die Eltern sind Migranten oder Spätaussiedler.

Bewerbungsschluss:

15. Oktober (Abreise im Sommer des Folgejahres) und 15. Mai (Abreise Anfang des Folgejahres)

Mehr Informationen unter:

<http://afsweb.afs.org/germany1.nsf/e3f988fc73eac2b2c1256c60002a664d/a0aba1d89f59e00c1256c60002b12e8?OpenDocument>

VIII. Wiesbaden und Moscheevereine treffen Integrationsvereinbarung

Die Stadt Wiesbaden schließt mit acht der in der Arbeitsgemeinschaft Islamische Vereine zusammengeschlossenen lokalen Moscheevereine eine Integrationsvereinbarung. Die DITIB ist in der Arbeitsgemeinschaft nicht vertreten.

Die Integrationsvereinbarung formuliert die Verpflichtung der islamischen Verbände auf die Werteordnung des Grundgesetzes, wobei die Akzeptanz der in der Islamkritik immer wieder vorgebrachten Themen wie Gleichstellung der Geschlechter, freier Religionsaus- und übertritt sowie Ablehnung von Terrorismus und Islamismus besonders betont wird. Darüber hinaus werden die islamischen Vereine auf bestimmte Integrationsleistungen wie Angebote von besonderen Kursen für Frauen, Aufforderung und Unterstützung ihrer Mitglieder beim Spracherwerb oder Durchführung von öffentlichen Kultur- und Dialogveranstaltungen festgelegt. Neu gewählte Repräsentanten müssen bei ihrer Wahl oder Ernennung der Integrationsvereinbarung zustimmen.

Die Stadt wiederum unterstützt die Muslime, indem sie für ihre Anerkennung wirbt (auch mit gemeinsamen Informationsschriften), sich sichtbar gegen Diskriminierungen wendet, sie stärker in das kulturelle Leben einbezieht und die Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden fördert, hierbei auch die Imame qualifiziert, Integrationsprojekte der Vereine finanziell unterstützt und sich für einen islamischen Religionsunterricht in Schulen und islamische Klinikseelsorge einsetzt.

Die Integrationsvereinbarung gibt es als Download unter:

http://www.wiesbaden.de/aktuelles/rathausnachrichten/display.php?presse_id=12427

IX: Bundesrat stimmt mit großer Mehrheit für ein Gesetz zur heroingestützten Behandlung für schwerkranke Drogenabhängige

Die öffentliche Anhörung im Bundestag am 19. September 2007 hat bestätigt, dass es bei der heroingestützten Behandlung um eine sinnvolle und wirksame Ergänzung der Substitution mit Methadon für Schwerstabhängige geht. Innerhalb von zwei Jahren sind nach der Studie 24 % der Patienten

entweder in eine Substitutionstherapie oder sogar direkt in eine Abstinenztherapie gewechselt.

In der Anhörung im Bundestag wurde auch deutlich, dass nicht mit massiven Mehrkosten zu rechnen ist, wenn die heroingestützte Behandlung gesetzlich geregelt wird. Das Ergebnis einer Studie zur Versorgungslage der schwerkranken Heroinabhängigen hat ergeben, dass bundesweit etwa 3.500 Behandlungsplätze realistisch sind.

Die Patienten des Bundesmodellprojekts werden seit 1. Januar 2007 auf der Basis einer auf das öffentliche Interesse gestützten Ausnahmeerlaubnis gemäß § 3 Abs. 2 des Betäubungsmittelgesetzes weiter mit Diamorphin behandelt. Die Ergebnisse der Studie sind im Internet unter www.heroinstudie.de veröffentlicht.

http://www.wdr.de/themen/gesundheit/pharmazie/heroinstudie/070921_hintergrund.jhtml?ubrikenstyle=gesundheit

Anhörung im Deutschen Bundestag – Ausschuss für Gesundheit – Stellungnahmen unter:

<http://www.bundestag.de/ausschuesse/a14/anhoerungen/062/stll/index.html>

Städte dringen auf Fortsetzung der Heroinbehandlung Schwerstabhängiger

http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007_236/04.html

WDR- Bericht:

http://www.wdr.de/themen/gesundheit/pharmazie/heroinstudie/070921_hintergrund.jhtml?ubrikenstyle=gesundheit

Impressum: Barbara Ingenkamp, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen, Tel. 328866, E-Mail: b.ingenkamp@freenet.de